



1.1. Rechtsform und gesellschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	zuständiges Finanzamt
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Gründungsdatum (TT / MM / JJ)	Steuernummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>

1.2. Vorförderungen der letzten 3 Jahre

Investitionszeitraum						Zuwendungsbescheid												
Beginn			Ende			Datum			Antragsnummer									
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>									
T	T	M	M	J	J	T	T	M	M	J	J	T	T	M	M	J	J	

Beginn						Ende				Datum				Antragsnummer				
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>				
T	T	M	M	J	J	T	T	M	M	J	J	T	T	M	M	J	J	

Frühere Anträge werden von der Bewilligungsstelle zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herbeigezogen.

1.3 Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen

- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist oder
- hält das Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen oder
- erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten oder
- bestehen Personenverflechtungen durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit anderen Unternehmen, die ganz oder teilweise in dem selben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind?

nein ja ⇒ wenn eine oder mehrere Positionen mit ja beantwortet werden, füllen Sie bitte das Formblatt „KMU-Prüfschema“ aus

1.4 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen ohne Auszubildende (zum Zeitpunkt der Antragstellung)

- unter 50
 50 bis 249
 über 249

1.5 Jahresumsatz (des Vorjahres)

- höchstens 10 Mio Euro
 über 10 Mio Euro bis 50 Mio Euro
 über 50 Mio Euro



1.6 Jahresbilanzsumme (des Vorjahres)

- höchstens 10 Mio Euro
 über 10 Mio Euro bis 43 Mio Euro
 über 43 Mio Euro

2. Angaben zum Investitionsvorhaben

2.1 Investitionsort

PLZ	Ort	Straße, Hausnummer

Landkreis	Gemeindekennziffer	Bundesland

Betriebsnummer – Bitte unbedingt angeben! (ggf. bei der zuständigen Agentur für Arbeit erfragen)

--

Befinden sich weitere Betriebsstätten des Antragstellers in derselben Gemeinde?

- nein ja ⇒ Geben Sie bitte den Wirtschaftszweig und die Anschrift(en) der Betriebsstätte(n) an:

PLZ	Ort	Straße, Hausnummer

Wirtschaftszweig

--

PLZ	Ort	Straße, Hausnummer

Wirtschaftszweig

--

2.2 Beschreibung und Begründung des Vorhabens

Art des Investitionsvorhabens

Es handelt sich um folgende arbeitsplatzschaffende oder arbeitsplatzsichernde Maßnahmen:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Errichtung einer Betriebsstätte | <input type="checkbox"/> grundlegende Änderung des gesamten Produktionsverfahrens |
| <input type="checkbox"/> Erweiterung einer Betriebsstätte | <input type="checkbox"/> Diversifizierung der Produktion |
| <input type="checkbox"/> Erwerb einer bereits stillgelegten Betriebsstätte | <input type="checkbox"/> Erwerb einer von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte |

Bitte beschreiben und begründen Sie formlos **in einer gesonderten Anlage** die vorgesehenen Investitionen und die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte (siehe Hinweise zur schriftlichen Begründung des Vorhabens (Downloadbereich der Wirtschaftsförderung Landkreis Stade GmbH).



2.3 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

Kennzeichnung und Nummer der amtlichen Statistik

Branchenschlüssel nach NACE und Kennzeichnung (Allgemeine Klassifikation der Wirtschaftszweige, Statistisches Bundesamt)

--	--	--	--

Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit

Wirtschaftszweige / Industriegruppen	Produktion in Prozent	Umsatz in Prozent

3. Angaben zu den Arbeitsplatzzielen

3.1 Zahl der Arbeitsplätze bei Investitionsbeginn

Hinweis: Die Teilzeitarbeitsplätze (**keine** 400,- EUR-Basis) sind anteilmäßig zu der regelmäßigen betriebsüblichen oder tariflichen Arbeitszeit eines Vollzeitarbeitsplatzes (z.B. Teilzeitarbeitsplatz 15 Stunden pro Woche / Vollzeitarbeitsplatz 40 Stunden pro Woche = 0,375) zu berücksichtigen. Die auf diese Weise für die einzelnen Teilzeitarbeitsplätze festgestellten Anteile sind zu addieren und in die Tabelle einzutragen.

	Vollzeit	Teilzeit	Gesamt
Dauerarbeitsplätze			
Ausbildungsplätze			

3.2 Zahl der Arbeitsplätze nach Abschluss der Investition

Nur bei arbeitsplatzsichernden Maßnahmen ausfüllen!

Anzahl der im direkten Zusammenhang mit der Maßnahme gesicherten Dauerarbeitsplätze nach Vorhabenende

	Vollzeit	Teilzeit	Gesamt
Dauerarbeitsplätze			
Ausbildungsplätze			

Nur bei arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen ausfüllen!

Dauerarbeitsplätze müssen nicht nur physisch geschaffen, sondern auch tatsächlich für die Dauer von mindestens 3 Jahren besetzt werden.

Anzahl der zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Vorhabenende

	Vollzeit	Teilzeit	Gesamt
Dauerarbeitsplätze			
Ausbildungsplätze			
Arbeitsplätze, die in besonderer Weise geeignet sind, Familie und Beruf zu verbinden			



3.3 Angaben zu Verlagerungsinvestitionen

Werden in einem sachlichen / inhaltlichen und zeitnahen Zusammenhang zu dem in Punkt 2 bezeichneten Vorhaben in einer anderen mit dem Unternehmen verbundenen Betriebsstätte Arbeitsplätze abgebaut?

nein ja ⇒ Geben Sie bitte die Anzahl der abgebauten Arbeitsplätze und die Anschrift der betreffenden Betriebsstätte an.

Anzahl der abgebauten Arbeitsplätze

PLZ	Ort / Landkreis	Straße, Hausnummer

4. Investitionen

4.1 Angaben zu dem geplanten Investitionsvolumen

	Euro (auf volle Euro gerundet)
1. Gebrauchte Wirtschaftsgüter	
2. Veräußerungserlöse bei Betriebsverlagerungen	
3. Entschädigungsbeträge bei Betriebsverlagerungen	
4. Warenlager	
5. Betriebsmittel	
6. Sonstiges (bitte erläutern):	
Summe (1 - 6)	

	Euro (auf volle Euro gerundet)
7. Anschaffungs-/Herstellungskosten der zum Investitionsvorhaben zählenden Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens	
8. Anschaffungskosten zu leasender Wirtschaftsgüter	
9. Anschaffungskosten von Wirtschaftsgütern durch Mietkauf	
10. Anschaffungskosten von Wirtschaftsgütern, denen eine entgeltliche Nutzungsvereinbarung zugrunde liegt (Miet- oder Pachtvertrag)	
11. Grundstückskosten	
12. Anschaffungskosten immaterieller Wirtschaftsgüter	
13. Nicht-investive Maßnahmen	
Summe (7 – 13)	
Gesamtinvestition (1 - 13)	

⇒ Hinweis: Die Summe der Gesamtinvestition muss der Summe der Gesamtfinanzierung entsprechen.

4.2 Zeitliche Durchführung des Vorhabens (siehe 4.9 der KMU-Richtlinie)

Vorhabenbeginn _____
Tag Monat Jahr

Vorhabenende _____
Tag Monat Jahr



Vor dem Beginn des Investitionsvorhabens ist die schriftliche Bestätigung des Antrageingangs durch den Landkreis Stade abzuwarten.

4.3 Aufteilung der Investition auf mehrere Jahre

Jahr	Euro	Jahr	Euro	Jahr	Euro

5. Finanzierung

Hinweise:

- Beträge sind auf volle 100,00 Euro zu runden.
- Fremdfinanzierungen sowie Eigenmittel sind durch geeignete Belege nachzuweisen.
- Es sind alle öffentlichen Finanzierungshilfen anzuführen, die beantragt oder bewilligt worden sind oder beantragt werden sollen.
- Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestition entsprechen.

Eigenmittel	Euro
Eigenkapital	

Fremdfinanzierung	
beantragter Investitionszuschuss (____ . %)	
Bankkredite	
Leasing	
Mietkauf	
Gesellschafterdarlehen / privates Darlehen	
sonstige (bitte erläutern):	
Öffentliche Finanzierungshilfen *)	
KfW-Unternehmerkapital	
Niedersachsenkredit	
sonstige (bitte erläutern):	
Summe Fremdfinanzierung	

Gesamtfinanzierung

*) Darlehensverträge bitte beifügen



6. Erklärungen

1. Ich/Wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Erhalt der Bestätigung des Antrageingangs zu beginnen. Mir/uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages verstanden wird. Mir/uns ist bekannt, dass der Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) und bei Baumaßnahmen die Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens angesehen werden.

2. Ich/wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Ziffer 4 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.

3. Mir/uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- 3.1 Angaben zum Antragsteller (Ziffer 1.) ggf. Angaben in der vorzulegenden Nutzungs- bzw. Leasingvereinbarung (siehe Erläuterungen zu Ziffer 1.2),
- 3.2 Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 1.1),
- 3.3 Vorförderungen der Betriebsstätte (Ziffer 1.2) bzw. der erworbenen gebrauchten Wirtschaftsgüter,
- 3.4 Beteiligungsverhältnisse (Ziffer 1.3),
- 3.5 Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz, zur Jahresbilanzsumme (Ziffer 1.4, 1.5 und 1.6),
- 3.6 Investitionsort und weitere Betriebsstätten (Ziffer 2.1),
- 3.7 Angaben zum Investitionsvorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits heute sicher feststehen (Ziffer 2.2),
- 3.8 Wirtschaftszweig, Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit (Ziffer 2.3),
- 3.9 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Investitionsbeginn (Ziffer 3.1),
- 3.10 Angaben zu Verlagerungsinvestitionen (Ziffer 3.3),
- 3.11 Beginn des Vorhabens (Ziffer 4.2 und 6.1),
- 3.12 Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (Ziffer 5),
- 3.13 Angaben zum Erwerb von Grundstücken oder Bauten von der öffentlichen Hand sowie zum Kaufpreis.

Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

4. Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir **jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen.**

5. Mir/uns ist bekannt, dass sich der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) an der beantragten Finanzierungshilfe beteiligt und dass die Verordnung (EG)1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006, Amtsblatt der EG Nr. L 210/25 vom 31. Juli 2006, in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006, Amtsblatt der EG Nr. L 210/1 vom 31. Juli 2006 Anwendung findet.

Nach Art. 72 der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 vom 8. Dezember 2006, Amtsblatt der EG L 371/1 vom 27. Dezember 2006 vergewissert sich die Kommission, dass in den Mitgliedstaaten Verwaltungs- und Kontrollsysteme vorhanden sind und einwandfrei funktionieren, so dass eine effiziente und ordnungsgemäße Verwendung der Gemeinschaftsmittel sichergestellt ist. Zu diesem Zweck können - unbeschadet der von den Mitgliedstaaten gemäß den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften durchgeführten Kontrollen - Beamte oder Bedienstete der Kommission vor Ort die Operationen, die aus den Fonds finanziert werden, und die Verwaltungs- und Kontrollsysteme unter anderem im Stichprobenverfahren kontrollieren (**Vor-Ort-Kontrollen**). Nach Art. 69 der Verordnung (EG) 1083/2006 hat die für eine Intervention zuständige Verwaltungsbehörde für die Publizität der Intervention zu sorgen.

6. Mir/uns ist bekannt, dass wenn ich/wir die Finanzierung annehme(n) zugleich der Veröffentlichung meiner/unserer Förderdaten nach Art. 6 in Verbindung mit Art. 7 Abs. 2 Buchstabe der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 vom 08.12.2006, Amtsblatt der EG L 371/1 vom 27.12.2006 zustimme(n) und diese Daten zur Veröffentlichung nach EU-Regeln zur Verfügung stelle(n).

7. Ich verpflichte mich, ein Hinweisschild nach Vorgaben der Bewilligungsbehörde am Standort meines Vorhabens aufzustellen bzw. anzubringen, sowie auf allen Unterlagen, insbesondere auf allen Teilnahmebestätigungen und Bescheinigungen sowie bei Veröffentlichungen im Internet das im Anhang I zu Art. 9 VO (EG) 1828/2006 vorgeschriebene EU-Emblem und den Verweis auf die Europäische Union sowie die Angabe des Fonds anzubringen, aus dem mein Vorhaben kofinanziert wird.

8. Hiermit erkläre(n) ich/wir, für dieses Vorhaben keine Förderung aus anderen Richtlinien des Landes beantragt zu haben bzw. zukünftig zu beantragen (Ausschluss von Doppelförderung).

Ort / Datum

Unterschrift / Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft, Nutzer)



Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen (vgl. Punkt 1.2 der Erläuterungen).

Ort / Datum

Unterschrift / Stempel (ggf. Besitzgesellschaft, Nutzer)

Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunfterteilung

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle (vgl. Punkt 1.1 der Erläuterungen) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und den für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Strukturfonds zuständigen Dienststellen der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen. Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort / Datum

Unterschrift / Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft, Nutzer)

Erklärung zu den Beteiligungsverhältnissen bei kleinen und mittleren Unternehmen

Ich/wir gehe(n) aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in den Ziffern 1., 1.1, 1.3, 1.4, 1.5, 1.6 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen.

Ort / Datum

Unterschrift / Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft, Nutzer)



7. Erläuterungen zu den Ziffern im Antragsformular

1. Auf einem Antragsvordruck kann der Antragsteller die Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen nur für **ein** Vorhaben in **einer** Betriebsstätte beantragen. Bei Investitionsvorhaben, die sich auf mehrere Betriebsstätten erstrecken, müssen getrennte Anträge gestellt werden. Dies gilt nicht, wenn die Betriebsstätten eines Gewerbebetriebes des Steuerpflichtigen innerhalb der selben politischen Gemeinde liegen. Der Antragsteller kann sich vertreten lassen. Nach § 14 Abs. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes i.V. mit dem Rechtsberatungsgesetz sind jedoch Bevollmächtigte und Beistände zurückzuweisen, wenn sie geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgen, ohne dazu befugt zu sein. Der Antrag ist vor Beginn des Investitionsvorhabens zu stellen. Als Datum der Antragstellung gilt der Eingangsstempel der antragsannahmenden Stelle (vgl. Ziff.1.1). **Mit dem Investitionsvorhaben kann nicht vor Erhalt der Bestätigung des Antrags eingegangen werden.** Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) nicht als Beginn des Vorhabens.

1.1 Der Investor kann seinen Antrag nur bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle dieses Bundeslandes einreichen.

1.2 Im Falle einer **Betriebsaufspaltung**, einer Mitunternehmerschaft oder einer Organschaft ist sowohl von der Besitzgesellschaft, von dem Mitunternehmer (meist Investor) oder von dem Organträger als auch von der Betriebsgesellschaft, der Personengesellschaft des Mitunternehmers oder der Organgesellschaft, die die erforderlichen Arbeitsplätze schafft, je ein Antrag zu stellen und von beiden zu unterzeichnen. Wenn die Betriebsgesellschaft, die Personengesellschaft des Mitunternehmers oder die Organgesellschaft keine Investitionen tätigt, genügt die Mitunterzeichnung auf dem Antrag der Besitzgesellschaft, des Mitunternehmers oder des Organträgers. Im Falle einer Betriebsaufspaltung oder einer Mitunternehmerschaft ist eine Bescheinigung des Finanzamtes vorzulegen. Bei **sonst fehlender Identität zwischen Investor und Nutzer** wird der Antrag vom Nutzer unter Zugrundelegung eines verbindlichen Angebots des Investors auf Abschluss eines Nutzungsvertrages gestellt. In diesem Vertrag sind die Anschaffungs- und Herstellungskosten des Objekts, die Nutzungszeit, das Nutzungsentgelt sowie etwa vereinbarte Verlängerungsoptionen anzugeben.

1.5/1.6/1.7/1.8 Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung; Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen.

Sofern das Unternehmen zu 25% oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben. Ist aufgrund der Kapitalstreueung nicht zu

ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch den Antragsteller die auf Seite 8 aufgeführte Erklärung abzugeben.

2.2 Eine nähere Beschreibung und Begründung des Investitionsvorhabens ist erforderlich, um den Sachverhalt möglichst zeitnah beurteilen zu können.

3.1 Hier sind anzugeben:

- Hat der Antragsteller mehrere Betriebsstätten desselben Gewerbebetriebes in derselben Gemeinde, so ist für alle diese Betriebsstätten die Zahl der bisher schon vorhandene und besetzten Dauerarbeitsplätze anzugeben und dann die Zahl der in allen diesen Betriebsstätten nach Abschluss des zu fördernden Investitionsvorhabens vorhandenen und besetzten bzw. zu besetzenden Dauerarbeitsplätze gegenüberzustellen.
- Teilzeitarbeitsplätze werden wie folgt berücksichtigt: Ein Teilzeitarbeitsplatz wird im Verhältnis der jährlichen Arbeitsstunden zu der Anzahl der Arbeitsstunden eines Vollzeitarbeitsplatzes anteilig berücksichtigt.
- Saisonarbeitsplätze finden mit ihrer jahresdurchschnittlichen tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitszeit als Dauerarbeitsplätze Berücksichtigung, wenn sie nach Art der Betriebsstätte während der Saisonzeit auf Dauer angeboten und besetzt werden.
- Bei Mehrschichtbetrieben ist die Zahl der Dauerarbeitsplätze grundsätzlich mit der Zahl der entsprechenden Arbeitskräfte gleichzusetzen.

4.1 Die Angaben zum Investitionsvolumen stellen eine notwendige Konkretisierung des Investitionsvorhabens dar und ergänzen insoweit Ziffer 2.2 (Beschreibung des Investitionsvorhabens). Die Beträge sind in Euro auszuweisen. Gegebenenfalls sind hier die Plandaten einzusetzen. Unvorhergesehene Investitionskostenerhöhungen können unter bestimmten Voraussetzungen nachträglich geltend gemacht werden; sie sind in jedem Fall unverzüglich nach Bekanntwerden der antragsannahmenden Stelle bekanntzugeben. Zur Ermittlung der förderfähigen Kosten des Investitionsvorhabens sind ggf. sämtliche Einzelpositionen der Ziffer 4.1. betragsmäßig auszuweisen.

- Von den förderfähigen Kosten sind **Verkehrs- und Transportmittel des Verkehrssektors ausgenommen**, die im Straßenverkehr zugelassen sind und primär dem Transport dienen (beispielsweise Pkw, Kombifahrzeuge, Lkw, Omnibusse, aber auch Luftfahrzeuge, Schiffe, Schienenfahrzeuge).
- Es sind nicht nur die tatsächlichen **Veräußerungserlöse** anzugeben, sondern auch **diejenigen Veräußerungserlöse, die erzielbar wären**.
- **Entschädigungsbeträge** können beispielsweise nach Baugesetzbuch oder aus restitutionsrechtlichen Gründen entstehen. Bei der Ausweisung sind alle im Zusammenhang mit der Betriebsverlagerung erhaltenen Entschädigungsbeträge anzugeben. Hat der



- Investor zum Zeitpunkt der Antragstellung noch keine Entschädigung erhalten, so hat er die voraussichtlichen Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit der Betriebsverlagerung aufzuführen.
- Immaterielle Wirtschaftsgüter sind: Patente, Betriebslizenzen oder patentierte technische Kenntnisse sowie nicht patentierte technische Kenntnisse.

5. Hier sind in jedem Fall **sämtliche** öffentliche Finanzierungshilfen für das Investitionsvorhaben anzugeben, d.h. auch dann, wenn diese Hilfen nicht auf die Förderhöchstsätze anrechenbar sind. Soweit die öffentlichen Finanzierungshilfen noch nicht beantragt oder bekannt sind oder der Subventionswert noch nicht feststeht, müssen die entsprechenden Änderungen nachträglich gemeldet werden.

**Die Anträge nimmt der Landkreis Stade, Amt für
Wirtschaft, Verkehr und Schulen
Am Sande 2, 21682 Stade entgegen.**